

ERIKA FARKAS CSAMANGÓ

DIE REGELUNG DES TIERSCHUTZES IN UNGARN

Der Tierschutz umfasst die Gesamtheit aller menschlichen Tätigkeiten, die die Tiere gegen äussere Gefahrquellen schützen. Der Begriff beinhaltet, unter anderem: den Naturschutz, den Schutz des Artenreichtums und des Lebensraumes. Dazu gehört auch die Tierhygiene, um die Tierkrankheiten und Epidemie vorzubeugen. Dazu gehört im weiteren der Bestandschutz vor wildlebenden Tieren, Fischen und der Artenschutz. Die Geschichte des Tierschutzes ist mit der Domestikation gleichalterig, da die Haltung domestizierter Tiere auch eine bestimmte Schutz Tätigkeit umfasst. Das letzte Jahrhundert hat unserer natürlichen Umgebung und der lebenden Welt grosse Schäden angerichtet. Die Menschheit hat mehr als 350 Tierarten – davon die Mehrheit neulich – ausgerottet, und 9 neue Tierarten werden bald das gleiche Schicksal erleben (z.B. Berggorilla, Panda und blauer Wal). Zahllose andere Arten sind wegen Jagd, Verschmutzung und Verwüstung der lebenden Welt gefährdet. Das ist lieber die Krankheit unserer „Zivilisation“, weil die Sammlung von Fell und Trophäen eine Mode ist.

Die Wissenschaftler haben daher die Öffentlichkeit angesprochen. Die ersten Initiativen sind am Anfang des 19. Jahrhunderts geboren (z.B. Waldjagdabkommen in den 30er Jahren). Die Jagd von gefährdeten Arten wurde dadurch verboten. Mehrere internationale Abkommen wurden im Rahmen des Tierschutzes abgeschlossen (z.B. das CITES-Abkommen, Berner, Bonner, Ramsarer Abkommen, das Abkommen über die biologische Vielfalt, usw.).

In Ungarn spielen der Ackerbau und die Tierzucht noch immer eine grosse Rolle. Die ersten Tierschutzregelungen sind im 18. Jahrhundert entstanden. Im Artikel 22 der Deklaration von Karl III, („Die Regelung von Jagd und Vogelfang“) hat im Jahre 1729 das erste Mal den menschlichen Eingriff im Interesse der Aufbewahrung und des Zuwachses von wildlebenden Tieren eingeschränkt. Die zweite Konferenz über den Vogelschutz in Budapest hatte eine grosse Rolle in der Regelung des Vogelschutzes gespielt. Otto Herman hat 1901 in seinem Aufsatz über Vogelschutz die geschützten Vögel definiert. Er hat später ein ornithologisches Zentrum in Ungarn gegründet. Albert Apponyi war der Ministerpräsident, als der Tag der Vögel und Bäumen eingeleitet wurde. Seit 1906 wird dieser Tag jedes Jahr am 10. Mai gefeiert.

Ungarn war der letzte Staat in Mitteleuropa, der ein Gesetz über den Tierschutz verabschiedet hat. Vor diesem Gesetz hat das Zivil- und das Verwaltungsrecht geholfen, unberechtigte Schmerzen gegen Tiere vorzubeugen und abzuwenden.

Für die Regelung des Tierschutzes hat das Gesetz LIII vom Jahre 1995 über die allgemeinen Regeln des Umweltschutzes den ersten Schritt gegeben. Dieses Gesetz widmet der Frage des Tierschutzes aber keine grosse Bedeutung. In der Präambel steht aber, dass Arten wegen der menschlichen Tätigkeiten aussterben. Das ist ein direkter Hinweis auf den Artenreichtum, der ein Teil des Tierschutzes ist. Der sachliche Geltungsbereich des Gesetzes umfasst die Organismen und die Lebensgemeinschaften. Der Tierschutz erscheint direkterweise nicht, nur der Schutz der lebenden Welt, der indirekterweise sowohl den Schutz der Pflanzen, der Tiere, als auch diesen der Umweltelemente (Boden, Wasser, Luft) beinhaltet.

Das Gesetz LIII vom Jahre 1996 über den Naturschutz hat auch Bestimmungen über den Tierschutz. Dieses Gesetz vertritt aber nur die Arten, die in der Natur leben und einen rechtlichen Schutz benötigen, da das wichtigste Ziel des Naturschutzes nicht die Vertretung jedes Tieres, sondern die Erhaltung des Artenreichtums ist. Der Schutz richtet also auf Tierarten und nicht auf die einzelnen Tiere. So schützt das Naturschutzgesetz nur die Tierarten, deren Weiterbestehen von der Naturumbildung der Menschen gefährdet ist. Nutzvieh, Laboratoriumtiere, zum Sport, zur Vergnügung und zur wissenschaftlichen Zwecken benutzte Tierarten sind in den prinzipiellen Rahmen des Naturschutzes nicht einzufügen.

Ein wichtiger Teil des Tierschutzes ist *der Gesundheitsschutz von Tieren*. Die gesundheitlichen Bestimmungen sind im Gesetz XCI vom Jahre 1995 geregelt. Die ausenwirtschaftlichen Interessen benötigen auch die Herstellung ausgezeichneter Viehprodukte, weil die ungarischen Landwirten nur solche Produkte im Ausland verkaufen können, die alle Bedürfnisse der Kunden befriedigen. Der Staat wollte auch die Exporttätigkeit unterstützen, als er das Gesetz über den Gesundheitsschutz der Tiere im Einklang mit den Vorschriften der EU verabschiedet hat.

Der Artenschutz ist das jüngste Gebiet des Tierschutzes. Der rechtliche Hintergrund ist das Gesetz XXVIII vom Jahre 1998 über den Tierschutz. Die Verabschiedung dieses Gesetzes ist größtenteils dem Otto Herman Tier- und Naturschutzverein zu verdanken. „Das Ziel des Gesetzes ist, den Schutz der Tierarten zu fördern, das Verantwortungsgefühl der Menschen für eine schonungsvolle Behandlung der Tiere zu erhöhen und die grundsätzlichen Regeln des Tierschutzes zu bestimmen.“

Das Gesetz schreibt den Tiereigentümern Verpflichtungen vor, um den Tieren adäquaten Lebensbedingungen zu sichern. Jeder Tiereigentümer soll daher besorgt vorbeigehen, also auf die Art, das Alter, das Geschlecht und den biologischen Zustand der Tiere Rücksicht nehmen. Mehrere Millionen Tiere fallen jährlich zum Opfer der Medizin in der Welt. Gesunde Tiere werden Leiden und Angst ausgesetzt, das Tod bedeutet

eine wirkliche Erlösung für sie. Bis zum Ende der 1990-er Jahre gab es keine konkrete Regelung über die Tierversuche, die beruhigende Lösung fehlt noch immer.

Die EU regelt die Tierversuche in der Richtlinie 609/1986/EWG zur Annäherung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere. Diese Richtlinie bestimmt den Begriff der Tierversuche und die Regeln ihrer Haltung und ihrer Pflege. Nach diesen darf man nur mit einer entsprechenden Ausbildung und Zulassung Tierversuche durchführen. Die Verwendung lebendiger Tiere ist nur dann erstattet, wenn es keine alternativen Lösungen gibt (für die Ausarbeitung sind die Mitgliedstaaten verantwortlich). Zu den Versuchen können aber nur Urtiere und nur in der geringsten Anzahl verwendet werden.

Das Ziel der Regelung ist, die Tierversuche auf ein Mindestmaß zu beschränken, wobei der wissenschaftliche Bedarf ethisch bewiesen werden muss. Es ist nicht erlaubt, Tierversuche für die Erzeugung und Probe von Genussmitteln durchzuführen. Die Versuche, die keine Gesundheitszwecke dienen, sind verboten. Während der Versuche müssen unnötige Schmerzen und Leiden erspart bleiben. Die Zucht, die Haltung und das Handeln von Versuchstieren sind nur mit der Zulassung der Veterinärbehörde gestattet. Seit 1. Januar 2004 können domestizierte Wandertiere für diesen Zweck nicht verwendet werden. Tierversuche mit Menschenaffen und Tierarten, die unter dem nationalen Naturschutz oder internationalen Naturschutzabkommen stehen, sind verboten.

Aus der Hinsicht des Tierschutzes ist es sehr wichtig, welche Tätigkeiten nicht erlaubt werden:

- Die Tiere darf man nur aus Gesundheitsgründen hungern lassen. Das Verbot bezieht sich auf häusliche oder von Behörden zugelassenes Stopfen von Gänsen und Enten nicht. Diese Regelung betrachtet die materiellen Interessen der Viehzüchter. Der Tierschutz steht hier nur nach den wirtschaftlichen Interessen.
- Die Bewegung, die Lieferung und die Abstellung soll den Zustand der Tiere unter allen Umständen schonen.
- Die Tiere dürfen nicht zu einer ihre Leistungsfähigkeit überschreitenden Arbeit (z.B. Bravourstück, Wettbewerbsgewinn, anstrengende wirtschaftliche Arbeit) gezwungen werden.
- Die Tiere dürfen nicht an naturwidrigen Tätigkeiten gewöhnt werden.
- Mit dem Eigentumsrecht und der Haltung der normalen und gefährlichen Tiere darf nicht aufgehört werden. Es ist verboten, das Tier abzuschlagen oder loszulassen.

Das Gesetz über den Tierschutz verbietet, Tiere gegen andere Tiere oder Menschen anzuhetzen, kämpfen zu lassen, den physischen und psychischen Zustand zu belasten, um ein Tier oder einen Menschen zu töten (*Tierkampf*). Es ist verboten, Tierkampf zu halten und zu organisieren, zu diesen Anlässen zu wetten oder bei den Vorberei-

tungen mitzuwirken. Dies betrifft nicht die gesetzliche Übung mit Jagdhunden und ihre gestattete Verwendung für Jagd. Es ist auch verboten, Tiere für Tierkampf zu halten, zu züchten, zu üben, zu schulen, das Tier anderen Personen überzulassen oder zu verkaufen, sowie Aufbau, Grundstück und Materialien für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Mit der Verletzung des Tatbestandes des Tierkampfverbotes wird die Regierungsverordnung 218 vom Jahre 1999 überschritten. Seit 2004 ist der Tierkampf im ungarischen Strafrecht unter die Tatbeständen des Tierschutzes einzuordnen. Dementsprechend werden die Organisierung von Tierkampfwetten mit Wirbeltieren, die Haltung, die Züchtung, die Übung, die Abrichtung und der Verkauf von Wirbeltieren bestraft. Der Begriff der Tierquälerei wird im Gesetz über den Tierschutz definiert: unnötige schmerzauslösende Misshandlung von Tieren, Eingriff, Behandlung oder Beschränkung von Bedürfnissen, die dauerhafte Angst oder Gesundheitsschädigung verursachen kann. Darunter wird auch die Züchtung von Tieren mit erblichen Krankheiten – ausgenommen die Tierzucht für Tierversuche – verstanden. Nach dem Gesetzentwurf – findet man aber im verabschiedeten Gesetz nicht –, wenn es zu entscheiden ist, ob das Tier leidet oder nicht, ist es immer für das Tier zu entscheiden, wenn die Tatsache des Schmerzgefühles eindeutig nicht festgestellt werden konnte. Es ist aber schwer zu entscheiden, was unter notwendigen und unnötigen Schmerzen zu verstehen ist. Die gesetzgeberischen Organen wissen nicht einmal genug zur eindeutigen Stellungnahme. Die Gerichtshöfe sind dementsprechend bei der Beurteilung unsicher. Neben der Definition beinhaltet das Gesetz eine Aufzählung der häufigsten Fälle der Tierquälerei. Der Gesetzgeber bietet aber mehrere Ausnahmen aus wirtschaftlichen Gründen, z.B. das Stopfen der Gänse und Enten, das Reissen der Entefeder. Diese Ausnahmen erregen jedoch Angst in den Tieren.

Nach der 218/1999 Ordnung der Regierung war die Tierquälerei ein Regelverstoß in Ungarn bis 2004. Der rechtliche Gegenstand des Tatbestandes war nicht das Tier, sondern das Gemeininteresse der Gesellschaft. Die Misshandlung von Tieren war nur dann zu bestrafen, wenn es andere Menschen entrüsten konnte. Dies stand aber im Widerspruch mit der modernen Gedankenweise des Tierschutzes. Deshalb wurde das Strafrecht 2004 so geändert, dass die Tierquälerei zu den Straftaten gegen die öffentliche Ordnung eingestuft wurde. Mehr als 350.000 Unterschriften wurden in kurzer Zeit für die Veränderung des Gesetzes gesammelt. Dies zeigt die Änderung und die Kraft der Gedankenweise der Gesellschaft.

Obwohl die Straftaten besonders zur Störung der Gesellschaftsruhe geeignet sind, ist der Tatbestand der Schädigung und Vertilgung von lebendigen Organen auch gegen die körperliche und geistliche Gesundheit der Tiere. Nach der Begründung des Gesetzes X vom Jahre 2004 ist der rechtliche Tatbestand des Tiergesundheitsschutzes mit den Rechtgegenständen des Kriminalrechts gegen die öffentliche Ordnung gleich. Der Grund liegt in den Eigenheiten der Straftaten gegen die öffentliche Ordnung, weil sie auf die ganze Gesellschaft eine Auswirkung haben.

Die Tierquälerei ist im Strafrecht folgenderweise definiert worden:

§ 266/B

(1) Wer

- a) Wirbeltiere unbegründet so misshandelt oder Wirbeltieren gegenüber eine Behandlungsweise an den Tag legt, dass ihnen bleibende Gesundheitsschäden zugefügt werden oder ihr Tod verursacht wird,
- b) als Tierhalter ein domestiziertes Säugetier oder ein in der Umgebung des Menschen gehaltenes gefährliches Tier weggagt, verlässt oder aussetzt, begeht ein Vergehen und ist mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren, gemeinnütziger Arbeit oder Geldstrafe zu bestrafen.

(2) Nach Absatz 1 ist zu bestrafen, wer mit Jagdmitteln, die durch das Gesetz über die Jagd verboten wurden, oder auf dort verbotene Weise jagt bzw. mit Mitteln zum Fischfang, die durch das Gesetz über die Fischerei verboten wurden, oder auf dort verbotene Weise fischt oder angelt.

Das Tatobjekt des Tatbestandes der Tierquälerei ist alle Wirbeltiere unabhängig davon, ob sie in der menschlichen Umgebung oder in der Wildnis leben, ob sie gefährdet, verstärkt gefährdet sind; oder unter internationalem Schutz stehen (Abs (1) Punkt a), ob sie domestizierte Säugetiere oder gefährliche Tiere (Reisstiere, exotische Tiere nach Abs. (1) Punkt b) sind. Die Tatobjekte in Betracht genommen gibt es gewisse Überdeckungen zwischen den Straftaten der Tierquälerei und der Beeinträchtigung der Umwelt. Es gibt aber wesentliche Unterschiede zwischen den Tatverhalten. Tierquälerei beinhaltet zwei Tatverhalten. Das erste ist, Wirbeltieren unnötige Gesundheitsschäden oder Tod zu verursachen. Nicht alle körperliche oder geistliche Misshandlungen können als Tierquälerei betrachtet werden. Die Erziehung, die Abrichtung, die physische Einwirkung können notwendig sein. Man begeht die Straftat nicht nur wenn dem Tier dauerhafte Gesundheitsschäden oder Tod verursacht wird, sondern auch wenn die Tätigkeit dafür geeignet ist. Die wirkliche Schädigung ist aber bei der Beurteilung der Strafe ein erschwerender Umstand.

Das zweite Tatverhalten ist, domestizierte Säugetiere oder gefährdete Tiere zu vertreiben, zu verlassen, oder mit nichterlaubten Mitteln zu jagen oder zu angeln. In diesem Tatbestand ist der zu schützende Rechtsgegenstand nicht nur das Tier, sondern auch der Mensch, dessen frei verlassenes Tier gefährliche Situationen auslösen kann. Das ist die Begründung, warum der Kreis der gefährlichen Tiere nicht für Wirbeltiere geschränkt werden soll. Diesen Teil des Tatbestandes kann nur der Tierhalter begehen.

Bei der Beurteilung der Straftat ist das Tod des Tieres wegen Misshandlung als erschwerender Umstand, bei der Beeinträchtigung der Umwelt ist aber das Tod als selbständiges Delikt. Der Punkt 1. des § 3. des Gesetzes des Tierschutzes definiert den Tierhalter, der Abs. (1) des § 6. definiert die unnötige Misshandlung (z.B. Quälerei, Hetzung



gegen Menschen oder andere Tiere, Abrichtung für Tierkampf, schonungslose Lieferung und Niederlage, u.s.w.).

Die Tierquälerei erscheint in den folgenden Gesetzen:

- das Gesetz LV vom Jahre 1996 über den Schutz von wildlebenden Tieren, Wildwirtschaft und Jagd,
- das Gesetz XLI vom Jahre 1997 über die Fischerei und das Angeln,
- das Gesetz XXVIII vom Jahre 1998 über den Tierschutz.

Nach der Präambel des Gesetzes über den Schutz von wildlebenden Tieren, Wildwirtschaft und Jagd ist das höchste Ziel, den Lebensraum und den biologischen Reichtum der Tiere zu bewahren, weil sie unersetzliche Werte unserer Heimat und der ganzen Welt sind. Der Geltungsbereich des Gesetzes umfasst alle Arten, die in der Wildnis leben und gejagt werden können. Die grosse Bedeutung des Tierschutzes ist daran zu ermessen, dass der Schutz der wildlebenden Tiere und ihres Lebensraumes unter den wichtigsten Rechten und Verpflichtungen des Jagdrechtes zu befinden ist. Hierzu gehören auch die Wildwirtschaft, das Recht des Erlegens wildlebender Tiere, die Sammlung von Gehörnen und Eiern und die Nutzung des Kadavers. Das Gesetz widmet ein ganzes Kapitel dem Schutz des Lebensraumes der Wildtiere. Allgemeine Pflichten werden hier vorgeschrieben, die man befolgen soll. Man soll dementsprechend die Ruhe der Tiere schützen und die Ungestörtheit ihres Lebensraumes sichern. Es ist verboten, die Vögelneuste und das Horsten der Vögel zu stören, zu schädigen oder zu zerstören. Tiere dürfen nicht gequält werden. Für Jäger gibt es weitere Sonderpflichten. Das Erlegen oder die Gefangennahme des Tieres darf nicht mit Quälerei vorgehen. Das Tier soll kurz hin und mit tödlichem Schuss erlegt werden. Es ist verboten, während der verbotenen Monate oder auf untersagten Gebieten mit nicht zugelassenen Mitteln zu jagen (die Behörden dürfen Teile, oder das ganze Jagdgebiet als Verbotenes erklären, wenn der Schutz der Wildtiere und der Ernte, oder die Ruhe und die Sicherheit der Menschen es verlangen). Das Gesetz über die Fischerei und das Angeln ist dem Gesetz über den Schutz von Wildtieren, Wildwirtschaft und Jagd ähnlich. Es gibt Tierschutzbestimmungen sofort bei den allgemeinen Regeln. Der Befugte soll dem Schutz von Fischen, Fischbeständen, Fischlebensgemeinschaften und Lebensräumen, sowie dem Nahrungssuche und dem Anwuchs von Fischen helfen. Die Pflichten, die im Gesetz über den Schutz von Wildtieren, Wildwirtschaft und Jagd zu befinden sind (z.B. das Verbot der Quälerei) und dem Artenschutz dienen, fehlen aber aus diesem Gesetz.

Die Rechtsfrage des Eingriffes mit Schmerzen oder Schädigungen ist unter den allgemeinen Regeln des Tierschutzes zu befinden. Die wichtigste Garantie der Schonung ist die Tatsache, dass man über bestimmte berufliche Ausbildung und Erfahrungen verfügen soll. Die einzige Ausnahme sind die prompt Eingriffe, die dem Interesse der Tiere dienen. Die Anästhesierung ist auch verlangt, ausgenommen, wenn der Eingriff mit den selben Schmerzen vorbeigehen würde. Chirurgische Eingriffe, die nicht der Gesundheit der Tiere dienen, sind verboten, dies betrifft aber nicht das Kastrieren und die gesetzlich

als pflichtig erklärten Operationen. Auch das Erlegen der Tiere wird in dem allgemeinen Teil des Gesetzes geregelt. Die wichtigste Regel ist, dass das Erlegen der Tiere ohne einen annehmbaren Grund oder Umstand verboten ist. Das Gesetz beinhaltet mehrere annehmbare Gründe. Der meist bestrittene Grund ist das Erlegen für Fellproduktion, was in dem originalen Gesetzentwurf nicht erwähnt wurde. Heutzutage ist es einer der wichtigsten Zwecke der Tierschutzvereine und wird in den meisten Ländern gesetzlich verboten. Als einzige Art des Erlegens ist fast allein das durch Betäubung zugelassen. Wirbellosen, häuslich erlegte Kaninchen, Händchen und Notfälle sind ausgenommen. In diesen Fällen soll man aber auch mit Schonung vorgehen. Die Behörden sollen für das schmerzlose Erlegen sorgen, wenn das Tier unheilbare Krankheit, unstillbare Schmerzen hat, der Halter unbekannt ist oder das Wildtier für das wilde Leben ungeeignet ist.

Die Richtlinie der Europäischen Union hat 1974 die Betäubung von Schlachttieren geregelt. Der Zweck der Regelung war, die grausame Handlung zu beheben. Die Richtlinie wurde durch die 119/1993/EG Richtlinie geändert, die die Behebung der vermeidbaren Schmerzen und der Angst im allgemeinen vorgeschrieben hat. Die Richtlinie regelt die Methode und Mitteln des Erlegens ausführlich. Ungarn hat diese Richtlinie bei der Gestaltung der Regelung auch in Betracht gezogen. Nach den ungarischen Gesetzen sind die folgenden Tiere als Schlachttiere zu betrachten: Einhufer, Wiederkäuer-, Schweine, Kaninchen, Pelztier, Geflügel. Vor dem Schlachten in den Schlachthöfen soll die Betäubung die Tiere in eine bis zum Eintritt des Todes anhaltende Empfindungs- und Wahrnehmungslosigkeit versetzen Privatschlachten, Pflichtschlachten und Seuchenschlachten geschehen ausser der Schlachthöfe. Die allgemeine Regel über die vermeidbaren Schmerzen gelten hier auch.

Die die Zucht betreffende Tierschutzregelung hat beim Artenschutz eine große Bedeutung. Das 1976 durch die Mitwirkung des Europäischen Rates verabschiedete Abkommen über den Schutz von Nutztieren ist im Tierschutz von grosser Bedeutung. Die Richtlinie 58/1998/EK über den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere wurde durch die Mitwirkung der Europäischen Kommission verabschiedet. Der Geltungsbereich umfasst aber nicht nur die Nutz-, sondern alle gehaltene Tiere. Für den wirksamen Tierschutz ist neben der Regelung auch die richtige Durchführung notwendig, deren wichtigstes Mittel die Finanzierung ist. Ohne finanzielle Quellen ist nicht einmal die modernste Regelung zu verwirklichen. Neben nationalen Quellen stehen die Gelder der Europäischen Union und der Weltbank zur Verfügung.

Neben Sanktionen und Kontrollorganen kann das Gesetz über den Tierschutz die Situation in Ungarn verbessern. In diesem Gesetz wird vorgeschrieben, dass die Erziehung für die entsprechende Behandlung von Tieren in den Grundschulen, Fachschulen gelehrt werden soll. Ausserdem soll das Kennenlernen der Tiere in den Lehrstoff eingebaut werden. Staats-, Verwaltungsorganen und Schulinstitute sollen die Erfüllung dieser Pflicht unterstützen.